

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Eva-Maria Holzleitner, BSc, Petra Wimmer,
Genossinnen und Genossen

betreffend „**Familienberatungsstellen am Limit!**“

Eingebracht im Zuge der 89. Sitzung des Nationalrates am 24. März 2021 zur Debatte zum Bericht des Ausschusses für Familie und Jugend über den Antrag 1343/A der Abgeordneten Norbert Sieber, Barbara Neßler, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird und das Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutsfolgen (COVID-19-Gesetz-Armut) geändert wird (753 d.B.)

Ein Blick zurück: Im Jahr 2017 betrug das Bundesbudget für die gesetzlich verankerte Familienberatung 13,1 Mio. Euro. Unangekündigt kürzte die damalige Familienministerin Bogner-Strauß dieses Budget um 1 Mio. Euro und nur ein massiver Aufschrei des Dachverbands Familienberatung bewirkte, dass 50 Prozent der Kürzung aus Budgetmitteln des Familienressorts kompensiert wurden. Der ursprüngliche Betrag wurde jedoch selbst in den Folgejahren nicht mehr budgetiert.

Nach einem Jahr Corona-Pandemie sind Familienberatungsstellen chronisch unterfinanziert. 385 Familienberatungsstellen begleiten über 250.000 Menschen und leisten 500.000 Beratungsstunden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind durch den enorm gestiegenen Beratungsdruck massiv überlastet. Eine ausreichende Budgeterhöhung für höher frequentierte Familienberatung ist ein Gebot der Stunde.

Die Familienberatungsstellen sind am Limit! Es ist eine gesellschaftliche Verpflichtung die negativen psychosozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie zu bekämpfen und mehr Geld für professionelle Familienberatungen bereitzustellen.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Familie, Jugend und Integration, wird aufgefordert das Budget der Familienberatungsstellen auf 18 Mio. Euro zu erhöhen und diesen Betrag in den kommenden Jahren budgetär fortzuschreiben. Die gravierenden negativen psychosozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Familien müssen rasch und wirksam bekämpft werden.“

Petra Wimmer
(Petra Wimmer)

Max Köllner
(Köllner)

Grünwald-Dorel
(Grünwald-Dorel)

Edlauer
(Edlauer)

